

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Lageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Risdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllien St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Tharm, Niedermüllien, Stuhlschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im

Amtsgerichtsbezirk

Nr. 61.

Samstagsausgabe  
im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang  
Freitag, den 14. März

Verbreitete Zeitung  
im Amtsgerichtsbezirk.

1919

## Lichtenstein.

**Gerüch. Stockfisch**, L. M. R. B. Abschn. 14, 1/4 Pfd. 65 Pfg. Nr. 1115 bis 1214 bei Löschner, Nr. 1215-1332 bei Mirus, Nr. 1333 bis 1473 bei Madlo.  
**Butt in Gelee**, 1/4 Pfd. 60 Pfg. Nr. 1474-1525 bei Reinhold, Nr. 1526 bis 1580 bei Weiß, Nr. 1581-1634 bei Frankenberger.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleiben **Sonnabend, den 15. März** das Lebensmittelamt, **Montag, den 17. März** das Polizei- und Meldeamt, die Stadtkasse mit Steuereinnahme und das Stadtbauamt und **Dienstag, den 18. März** die Ratskanzlei mit Gewerbeamt, das Versicherungsamt und das Kriegsunterstützungsamt geschlossen.  
Stadtrat Lichtenstein, am 13. März 1919.

## Belämpfung der Schädlinge an Obstbäumen betreffend.

Bei der hohen Bedeutung des Ertrags der Obsterte für die Ernährung ist es von größter Bedeutung, die **Belämpfung der Schädlinge an den Obstbäumen** allgemein und nachdrücklich durchzuführen. Jeder **Besitzer von Obstbäumen** erhält deshalb hiermit **Aufforderung**, für unverzügliche und fortgesetzte Vertilgung der Obstbaumschädlinge besorgt zu sein. Zuwiderhandlungen werden, soweit sie nicht der Bestrafung nach § 368 Ziffer 2 des Reichsstrafgesetzbuches unterliegen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Auf die Bekanntmachung des Stadtrates über die Reklams vom 8. März 1919 wird nochmals hingewiesen. Die hiesigen Gärtnereibesitzer erteilen Rat über die wirksame Vertilgung der Obstbaumschädlinge und werden erforderlichenfalls die Bekämpfung überwachen.  
Stadtrat Lichtenstein, am 11. März 1919.

Nach § 2 der Verordnung zur **Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten** vom 11. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1431) können Personen, die geschlechtskrank sind und bei denen die Gefahr besteht, daß sie ihre Krankheit weiterverbreiten, zwangsweise einem Heilverfahren unterworfen und auch in ein Krankenhaus überführt werden, wenn dies zur wirksamen Verhütung der Ausbreitung der Krankheit erforderlich erscheint.

Es ist von Wichtigkeit, daß die Behörden der Gesundheitspolizei Kenntnis erhalten, wenn sich ansteckungsfähige Geschlechtskranke nicht in ärztlicher Behandlung befinden, und es ist Pflicht aller Kreise, solche Fälle der Behörde oder einer Fürsorgestelle für Geschlechtskranke mitzuteilen.  
Dresden, den 6. März 1919. 293-IV M

Ministerium des Innern.

Infolge erneuten Bedarfs unserer Genschutztruppen an **Fahrrädern** und **Fahrradbereifungen** kann bis auf weiteres eine Freigabe solcher nicht erfolgen. Es erübrigt sich daher, diesbezügliche Gesuche hierher zu richten.  
Dresden, den 10. März 1919. 748 III D. M. 2

Reichsverwaltungsamt.  
Landesstelle Sachsen.

Nachstehend wird unter \* die Bekanntmachung der Reichsstelle für **Gemüse und Obst** vom 4. März 1919 über den **Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln** bekanntgemacht. Gleichzeitig wird die Ausführungsverordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums vom 4. Dezember 1918 zur Bekanntmachung der Reichsstelle über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln vom 28. November 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 284 vom 6. Dezember 1918) **aufgehoben**.  
Dresden, den 10. März 1919. 599 V G 2.

Wirtschafts-Ministerium.  
Landeslebensmittelamt.

## Bekanntmachung über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatwecken und deren Höchstpreise.

Auf Grund der §§ 4, 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1.  
Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatwecken und deren Höchstpreise vom 28. November 1918 wird aufgehoben.

§ 2.  
Beim Verkauf von inländischen Saat- und Steckzwiebeln durch Erzeuger dürfen die nachstehenden Sätze je Zentner nicht überschritten werden:

Für Saatwecken bis 28. Februar 1919 = 23 Mark, vom 1. März 1919 ab je Monat und Zentner 1 Mark mehr, für Steckzwiebeln

1. längliche und ovale:	
Größe I	unter 1 1/2 cm Durchmesser = 100 Mark
Größe II	1 1/2 bis 2 cm Durchmesser = 80 "
Größe III	2 bis 2 1/2 cm Durchmesser = 60 "
2. plattrunde:	
Größe I	unter 2 cm Durchmesser = 120 "
Größe II	2 bis 2 1/2 cm Durchmesser = 100 "
Größe III	2 1/2 bis 3 cm Durchmesser = 80 "

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.  
Berlin, den 4. März 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.  
Der Vorsitzende:  
von Tilly.

## Kurze wichtige Nachrichten.

\* In Berlin ist seit gestern das öffentliche Tanzen verboten.

\* Man erwartet den Vorfriedensschluß in Entenweiser Mitte April. — Dann ist Deutschland abgewärtigt.

\* Die militärischen Mitglieder der deutschen Kommission in Posen haben einer Meldung der „D. Z.“ zufolge wegen der ihnen zuteil gewordenen Behauptungen und wegen des von den Mitgliedern des Verbandes bei den Besprechungen angewandten Tonus ihre Tätigkeit abbrechen müssen und sind von Posen abgereist. Es fanden bisher nur Verhandlungen auf dem Gebiete des Verkehrswezens, der Verwaltung und des Wirtschaftslebens statt. Die militärischen Verhandlungen ergaben unüberbrückbare Differenzen und mußten abgebrochen werden.

\* In Köln ist vorgestern unter der Führung der Belegler und Hauptschriftleiter der „Kölnischen Volkszeitung“ und des „Kölnischen Tageblattes“ ein Ausschuss für eine Volksabstimmung zur Errichtung der westdeutschen Republik gegründet worden.

\* Das Oberkommando des Grenzschutzes Nord hat zur Abwehr feindlicher Umrtriebe und zum Schutz gegen Räuber und Plünderer am 10. März den Belagerungszustand über das Gebiet der Provinz Ostpreußen nördlich Memel, sowie einer Anzahl ostpreussischer Grenzkreise verhängt.

\* Aus Berlin wird gemeldet: Der Zentralverband der Film- und Kino-Angehörigen, in dem sämtliche

Angestellte der Branche gewerkschaftlich zusammengeschlossen sind, hat den Generalstreik für die gesamte Filmindustrie erklärt.

\* Neuter meldet aus Paris: Lausning erklärte in einer Unterredung mit Vertretern der Presse, es sollten sobald wie möglich Schiffe mit Lebensmitteln nach Deutschland gesandt werden, um die Welt vor Anarchie zu schützen. — Daß uns Lebensmittel gesendet und auch wie sie bezahlt werden sollen hören wir seit dem 11. November fast täglich, aber gesehen haben wir noch nichts.

\* Der Friedensrat behandelte die Frage der deutschen Grenzen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß der Rat der Forderung Polens nach Aushändigung von Danzig, Neufahrwasser und des Landstreifens längs des Weichseltales, der die neuen polnischen Küsten mit Polen verbindet, stattgegeben wird. — Sobald es über Deutschlands Zell hergeht, ist die Entente einzig!

\* Die Polen überschritten, wie die „Dr. N.“ melden, gestern früh die oberschlesische Grenze bei Zourabütte. Ein deutscher Posten wurde gefangen genommen, von einem polnischen Offizier in Gelasz verhört und dann zurückgeschickt. Deutsche Grenztruppen säuberten den besetzten Bienenhofpark. Dabei gab es auf polnischer Seite Tote und mehrere Verletzte, auf deutscher Seite einen Toten und vier Verletzte.

\* Nach einem Bericht des amerikanischen Generalstabes schickte das Kriegsdepartement bekanntlich die Verluste an Toten während des Weltkrieges auf 7354600 Menschen. Hiervon entfallen auf

Deutschland 1100000 Mann, auf Frankreich 1305000, auf England 706000, auf Italien 460000 und auf die Vereinigten Staaten 500000 Mann.

\* Aus Weimar wird gemeldet: Der Reichsminister des Mobilisierungsamtes Dr. Koch hat um seine Entlassung zum 1. April gebeten. Er hat sein Entlassungsgesuch damit begründet, daß die Demobilisierung bis 1. April vollständig durchgeführt sei.

\* Der oberste Kriegsrat der Alliierten hat dem Antrag Lord Georges angenommen, demzufolge in ganz Europa die Wehrpflicht aufgehoben wird. Ueberall soll an ihre Stelle das Freiwilligenheer treten.

## Die Bekanntgabe der Vorfriedensbedingungen

„Carriere della Sera“ meldet aus Paris: Die Alliierten werden am 19. März an Deutschland und am 25. März an Österreich und Ungarn die Bedingungen bekannt geben, die zum Vorfrieden führen werden.

Über den Verlauf der Verhandlungen erzählt der Mitarbeiter der „L. N.“ folgendes: „Am 19. oder 20. März soll die Plenarsitzung erfolgen zu der formellen Genehmigung der Bedingungen. Sofort nach dem dies geschehen ist, werden die deutschen Delegierten nach Paris eingeladen werden. Es ist nicht vorgesehen, daß sie zu einer Plenarsitzung zugelassen werden sollen. Es werden von Wilson, Lloyd George u. Clemenceau vielmehr persönlich die Bedingungen in Versailles bekanntgegeben werden. Für den Fall, daß die Deutschen keine ausreichenden Vollmachten haben, wird ihnen eine bestimmte Frist zur Beiprech-

ung mit der Weimarer Regierung gegeben. Im Falle der Zustimmung der Deutschen wird die feierliche Unterzeichnung vielleicht in einer Plenarsitzung stattfinden. Sollt Deutschland Einwände erheben oder die Bedingungen ablehnen, so wird die Entente sämtliche Nachmittel anwenden, um Deutschland zur Unterzeichnung zu zwingen. Eine Besetzung des Landes ist nicht vorgesehen, wohl aber eine Verlängerung der Okkupation der Brückenköpfe am Rhein, die sofortige Wiedereinführung der Blockade, sowie Einstellung der Lebensmittellieferungen. Man nimmt aber an, daß dies nicht nötig sein wird, da die Bedingungen sich nicht wesentlich von denen unterscheiden, die Deutschland einem besiegten Lande auferlegt hätte.

Zu solchem Zweck soll noch eine Frist zu Besprechungen den deutschen Vertretern mit der Weimarer Regierung festgesetzt werden, wenn die Finde schon von vornherein keine Einwände geltend lassen wollen. Aber unsere Feinde sollen es sich wohl überlegen, daß es jetzt zwar in ihrer Macht steht, die paar deutschen Vertreter zu einer Unterschrift zu zwingen, aber daß es nie in ihrer Macht liegt, das deutsche Volk zur dauernden Anerkennung eines Vertrages zu zwingen, der ihm nur durch Anwendung roher Gewalt aufgedrungen würde. Unsere Feinde werden durch einen entwürdigenden Vertrag nur einen deutschen Chauvinismus schaffen.

### Deutsche Ablehnung der Friedensbedingungen erwartet.

Hamburg, 11. März. Ein amerikanischer Kurier meldet: Deutschland wird wahrscheinlich die Friedensbedingungen am 20. März erhalten. Die Bedingungen sind sehr scharf. Die deutsche Armee wird unter die Zahl herabgedrückt werden, die kleinere Nationen haben. Dies wird die Deutschen nachdrücklich dazu zwingen, ihre Zukunft und ihr Schicksal dem Völkerverbund anzuvertrauen. Die Beratungen machten einen so raschen Fortschritt, daß sogar die größten Optimisten übercast waren. Man glaubt, daß, nachdem Wilson den endgültigen Waffenstillstandsvertrag aufgegeben hat und er von den Deutschen angenommen sein wird, die Amerikaner demobilisieren werden. Es kann sein, daß die Deutschen nicht sofort den Vertrag annehmen. Die Bedingungen sind in der Tat so streng, daß viele eine deutsche Weigerung erwarten. In diesem Falle werden die deutschen Unterhändler nach Weimar gehen müssen, um dort mit der Regierung zu beraten. Sie werden vielleicht auch dort bei der Weigerung verharren und die Alliierten auffordern, Deutschland zu besetzen oder Deutschland auszuhungern. Sollte dieser Fall eintreten, so werden die Alliierten die Blockade fortbestehen lassen. Schließlich wird Deutschland die Bedingungen annehmen müssen, denn ein Kompromiß ist kaum möglich. Die Namen der deutschen Friedensunterhändler sind noch unbekannt. Der Grafen Bernstorff lehnt man wegen seiner früheren Tätigkeit ab und man wünscht, daß Deutschland neue Leute an Stelle der alten Anhänger des Kaisers sende. Der Friedensvertrag kann bald nach Wilsons Rückkehr abgeschlossen werden.

Frankfurt, a. M., 11. März. Die „Frankfurter Zeitung“ entnimmt dem Pariser „Journal“ vom 10. März den folgenden Satz: Die Deutschen wissen, daß, wenn sie ihre Handelsflotte ausliefern, sie diese nicht mehr wiedersehen werden.

### Wenn zwei sich lieben

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

Amerikanisches Copyright by Altheim & Co.

33. Nachdruck verboten.  
„Was ist das, Günter? Ich habe wohl in letzter Zeit bemerkt, ich möchte sagen, seit Du von Deiner Reise zurück bist, daß Du verändert schienst. Es quält Dich etwas. Ich wollte nicht fragen und forschen, weil Du damit nicht zu mir kamst. Aber nun Du es tust — was ist Dir, mein Junge?“

Günter starrte sich über die Stirn.

„Du hast recht gesehen, Vater, es hat mich etwas namenlos gequält. Du kannst mir nicht helfen, aber aus gewissen Gründen will ich nicht fortgehen, ohne Dich eingeweiht zu haben. Also kurz und bündig Vater, ich liebe Lottemarie von Dornack, liebe sie mit einer Ausschließlichkeit und Innigkeit, daß ich nur mit Grauen an eine Ehe mit Nora denken kann. Lottemarie weiß es, daß ich sie liebe — und sie liebt mich wieder, das weiß ich, obwohl es kaum zu einer richtigen Aussprache zwischen uns gekommen ist. Wäre ich nicht an Nora gebunden gewesen, als ich sie kennen lernte, so wäre sie mein Braut geworden. Aber ich konnte Nora natürlich mein Wort nicht brechen. Gequält hat mich das namenlos und es ist mir sehr schwer gefallen, mich zu beherrschen. Trotzdem hättest Du, wie es sagt, nichts davon erfahren, wenn ich jetzt nicht eine große Bitte an Dich hätte.“

Der alte Herr sah in sich versunken da.  
„Das ist bitter für mich, mein Junge! Es tut mir leid, daß Du leiden mußt, zumal ich es war, der Dich zur Verlobung mit Nora drängte. Ich wollte

### Deutsches Reich.

33. Dresden. Das Ende des stehenden Heeres. Die letzten Anträge aus unserem Leserkreis entgegenkommend, teilen wir hierdurch nochmals mit, daß das Ministerium für Militärwesen bereits vor einiger Zeit verfügt hat, daß die Reste des alten Heeres bis zum 15. März abgebaut, d. h. entlassen werden. Bis zum 1. April wird auch der Jahrgang 1899 entlassen, sodas über diesen Zeitpunkt hinaus nur noch freiwillige Formationen bestehen, die als Sicherheitsstruppen und Grenzschutz die wichtigsten Interessen des Vaterlandes zu wahren haben. Auch die immer wiederkehrenden Anfragen über die fernere Tätigkeit der Soldatenräte können wir auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen genau beantworten. In der Verordnung des Ministeriums für Militärwesen vom 5. Februar 1919, die im Einverständnis mit den Vertretern der Soldatenräte des 12. und 19. Armee-Korps erlassen worden ist, ist verfügt worden, daß überall da, wo die Formationen aufgelöst werden, sich auch die Soldatenräte auflösen. Da, wo Soldatenräte über den 1. 4. hinaus in Funktion bleiben, um sie dies auf eigene Rechnung und Gefahr, ohne Legitimation und ohne Auftraggeber, denn die Intendantur stellt am 1. April befehlsgemäß die Zahlung der Gehaltsnüsse ein. Wer nach dem 1. April bestimmte militärische Dienststellen zu verwalten hat, bestimmt laut obiger Verfügung vom 5. Februar das Ministerium für Militärwesen, das, wie wir hören, noch besondere Bestimmungen darüber in diesen Tagen erlassen wird.

(Aus der Sitzung des Beschwerde- und Petitionsausschusses der Volkskammer.) In der gestrigen Sitzung des Beschwerde- und Petitionsausschusses der Volkskammer wurde 1. die Petition des Zweigvereins Dresden des Allgemeinen Deutschen Sparvereins betreffs Förderung seiner Bestrebungen 2. die Petition des Bauernrates Bezirk Borna bei Leipzig zu Geithain betreffs verschiedener Forderungen für die landwirtschaftliche Produktion; 3. die Petition des Ortsausschusses zur Sicherung der Volksernährung in Niederlöbnitz um Behebung der Ernährungsschwierigkeiten der Regierung zur Erwägung und kommissarischer Beratung überwiesen.

Breslau. (Ein aufgedeckter Spartakistenplan in Breslau.) Der dortige Volkerrat gibt bekannt, daß gestern die wichtigsten öffentlichen Gebäude Breslavs durch schlesische Truppen auf Befehl des General-Kommandos im Einvernehmen mit dem Zentralrat und mit dem Zentralratsrat für Schlesien besetzt wurden. Man hatte einen verbrecherischen Anschlag entdeckt, wonach berüchtigte Berliner Spartakistenführer in Breslau eintrafen und dort die öffentlichen Gebäude besetzen wollten, um dann Breslau der Plünderung preiszugeben. Der Plan war in seinen Einzelheiten durchgearbeitet. Durch seine Aufdeckung konnte im letzten Augenblick unsagbares Unglück von Breslau abgewendet werden.

(Der „Wenden-Staat“.) Ein Agitator des Wendischen Nationalausschusses hat nunmehr den Schleier des Geheimnisses ein wenig gelüftet, der bisher über den Grenzen des erträumten Wendenstaates lag. Man fordert für den „Wendenstaat“: Lübau und Kamenz als Hauptstädte, die ganze nördliche sächsische Lausitz, sodann die preussischen Lausitzen und märkisches Gebiet bis an die Oder heran (gemeint ist wohl die Gegend von Krossen und Fürstberg, oder meint man etwa gar die Gegend einschließlich Frankfurts?). Bei Neukirch und Schirgiswalde soll der neue Staat das

Neukirch-Schirgiswalde-Gebiet herüber erstreckt werden. Man sieht, daß bei Neukirch und Schirgiswalde weder die Grenze irgendwelche Slawen sind. Die Herren Barth und Genossen fordern also für ihren Staat außer der nördlichen Hälfte der sächsischen Oberlausitz mindestens die preussischen Kreise Rothenburg, Hoyerwerda, Kahlau, Ludau, Spremberg, Postbus, Sorau, Forst, Lübben und Guben, also ein Gesamtgebiet von rund 1.200.000 Einwohnern. Die Statistiken geben die Zahl der Sorben-Wenden nur auf 120.000 an. Es würden also in diesem abgegrenzten Staate auf einen Wenden neun Deutsche kommen, und das Ganze erdreistet man sich dann einen „Wendenstaat“ zu nennen.

(Frankreichs Not mit Elsaß-Lothringen.) Die dem „Temps“ zu entnehmen ist, nimmt die Bewegung im besetzten früheren deutschen Reichslande immer größeren Umfang an, die eine eigene Verwaltung und keine Abhängigkeit von Paris fordert. An der Spitze dieser Bewegung steht die Handelskammer in Metz.

(Ein tiefbedauerlicher Vorfall.) Aus Lübau wird berichtet: Die deutschbaltischen und lettischen Truppen der lettischen Regierung und die reichsdeutschen Verbände setzten ihren Vorstoß östlich der Widen fort und erreichten die Linie Dnjanh-Caschew (an der Bahn Murawjowo-Witau)-Pampeln. Die bolschewistischen Truppen wurden über Lübau unter Verlusten zurückgedrängt. Der überraschenden geringen Widerstand, den sie teilweise leisteten, führte leider zu einem sehr bedauerlichen Vorfall. Lettische Truppen, die von Schrudnen her unter Befehl des Obersten Kolpak vorrückten, und deutsche Truppen, die von Pampeln her nach Norden vorrückten, um den lettischen Truppen durch einen flankierenden Angriff auf die Bolschewisten zu helfen, trafen infolge des fluchtartigen Zurückgehens der Gegner so schnell aufeinander, daß sie sich zunächst gegenseitig für Sowjettrupps hielten und unter Feuer nahmen. Dabei wurden auf Seiten der Letten bedauerlicherweise Oberst Kolpak und ein zweiter lettischer Offizier, sowie ein beim lettischen Stab befindlicher reichsdeutscher Offizier getötet. Auf reichsdeutscher Seite fielen drei Offiziere und vier Mann. Der tief bedauerliche Vorfall, der in den Kriegsjahren durch gelegentliche Zusammenstöße verschiedener Truppen manchen Vorgänger hat, dürfte eine Trübung der Beziehungen zwischen den Letten und den deutschen Behörden nicht herbeiführen, da die beiderseitige Schuldlosigkeit vollkommen anerkannt ist.

(Revolution in Belgien?) Privaten Nachrichten aus Brüssel zufolge soll, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung vom „Wend“ zufolge meldet, in Belgien die Revolution ausgebrochen sein. In Brüssel und Charleroi kam es zu heftigen Straßenkämpfen zwischen Sozialisten und Kommunisten einerseits und Bürgern und Truppen andererseits. Starke belgische und amerikanische Truppen sind nach dem belgischen Industriegebiet sowie nach Brüssel und Antwerpen geschoben worden. Der König von Belgien soll gestern unerwartet nach England abgereist sein.

(Anfragen zum Generalstreik in Leipzig.) Die Abgeordneten Dr. Philipp, Dr. Heinze und Burlage haben folgende Anfrage bei der Nationalversammlung eingebracht: Gelegentlich des Generalstreiks in Leipzig ist der dortige Oberbürgermeister unter Bedrohung mit militärischer Waffengewalt gezwungen

sie Dir ist, werde ich doppelt über sie wachen. Ich verpfehle es Dir.“

Günter drückte kampfhaft seine Hand.  
„Ach danke Dir, Vater, für dies Versprechen, das mir eine schwere Last von Herzen nimmt.“

Nachdenklich sah Graf Joachim in seines Sohnes Antlitz.

„So blind bin ich gewesen! Habe ich doch geglaubt, Fürst Egon bemühe sich um Lottemarie und habe mir darum ein wenig Sorge gemacht. Denn der Fürst ist ein Schmetterling und dürfte kaum eheliche Absichten haben.“

„Du hast Egon unrecht, Vater. Er ist nicht so sehr Schmetterling, wie Du glaubst. Wenn er sich bisher in kleinen Liebesleien verzettelt, waren die Frauen selbst daran schuld. Er ist einer von denen, die ohne es zu wissen, nach Idealen suchen. Und in Lottemarie hat er sein Ideal gefunden. Er liebt sie ehrlich. Wir haben uns darüber ausgesprochen und er hatte nicht die Absicht, sie in eine leichtfertige Fäule zu verstricken, was bei Lottemaries Charakter auch aussichtslos gewesen wäre. Er war fest entschlossen, sie zu seiner Gemahlin zu machen.“

Der alte Herr schlug leicht auf den Tisch.  
„Alle Wetter — Lottemarie als Fürstin Kanonik und warum hat er denn seinen Entschluß nicht ausgeführt?“

„Lottemarie hat ihn abgewiesen, als er um ihre Hand anhielt.“

Graf Joachim sah seinen Sohn fassungslos an.

(Fortsetzung folgt.)

worden eine Umweisung auf Zahlung von 400 000 Mark aus Mitteln der Stadt Leipzig zu geben. Ist dies der Regierung bekannt, und was gedenkt sie zu tun, um in Zukunft solchen Mißbrauch der militärischen Waffengewalt zu verhüten? — Die Abgeordneten Philipp, Biener, Dr. Heinze und Brulage fragen ferner: Während des letzten Generalfreistreichs in Leipzig sind durch die dortigen Machthaber Waffen aus Geesrebeständen des 19. Armeekorps an den streitenden Teil der Bevölkerung abgegeben worden. Obwohl nach Beendigung des Streiks zur Abgabe der Waffen aufgefordert worden ist, muß befürchtet werden, daß zahlreiche Personen solche zurückbehalten. Dadurch wird die Sicherheit von Personen und Eigentum, besonders aber von Nahrungsvorräten nicht nur in Leipzig, sondern auch in dessen Umgebung noch mehr wie bisher gefährdet. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die ausgegebenen Waffen wieder fest in ihre Hände zu bekommen und Ernährungsschwierigkeiten besonders während der bevorstehenden Leipziger Messe vorzubeugen?

**Bankhaus Bayer & Heinze,**  
Leichte-stein-Cöllnberg,  
Badergasse 6.  
Hauptgeschäft: Chemnitz.  
Schwesterfiliale Burgstädt  
**Kauf- und Verkauf von Wertpapieren.**  
Besondere Abteilung für Sächsische Renten und Aktienwerte.

### Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 13. März.

\* — Für unsere Freiwilligentruppen, die uns und unsere Grenzen gegen Angriffe der Bolschewisten, der Bernichter alles Lebens schützen, haben Reichsregierung und Preussische Landesregierung gemeinschaftlich einen Anruf zur Geldsammlung für unentgeltliche Unterstützungen erlassen und die geschäftliche Arbeit dieser Zentralverwaltung für das Deutsche Reich der „Freiwilligen Wirtschaftshilfe für den Ostkrieg“ (D.H.W.) S. B. übergeben. Wer unseren tapferen Brüdern, die jetzt nach vierjährigem Kriegsdienst, als Freiwillige abermals den schweren Kriegsdienst übernehmen, etwas zuwenden will, um ihre kampffreudiger zu erhalten und ihre schwere Aufgabe, Ruhe und Ordnung zu schaffen, erleichtern, wird gebeten, Gelder auf das Postcheckkonto der Bank für Handel und Industrie, Berlin N. W. 7, Konto Nr. 1133 mit der Bemerkung „für die D.H.W.“ einzahlen zu wollen. Auch nimmt jede Berliner Großbank, ihre sämtlichen Depositenkassen u. Zweigniederlassungen Geldspenden unter dem Stichwort „D.H.W.“ entgegen. Große Geldmittel sind nötig! Daß Eile tut, wißt Ihr selber. Gebt Ihnen durch die D.H.W., sie danken es Euch!

\* — Die Ziehung der 4. Klasse der sächs. Landeslotterie findet am 14. u. 15. März statt.  
\* — Vom Bergarbeiterstreik. Auf sämtlichen Werken des Lugau-Delsnitzer Reviers ruht die Kohlenförderung vollständig. Da auf den Werken kein Kohlenvorrat vorhanden ist, sah man viele Geschirre leer von den Schächten zurückfahren. Im Anschluß an den Demonstrationzug fand gestern auf der Rathauswiese zu Delsnitz eine große Versammlung statt, in der das Ergebnis der am Dienstag in Zwickau stattgefundenen Konferenz besprochen wurde. Die Versammlung hielt die alten Grundsätze aufrecht. Ein Demonstrationzug schloß sich an, der sich mit Musik nach Hohndorf und Lichtenstein bewegte. Nachmittags fanden Versammlungen der einzelnen Bergschaften statt. In der Versammlung auf dem Hofe des Schachtes „Kaiserin Augusta“ wurde von den Mitgliedern des Arbeiterausschusses bittere Klage darüber geführt, daß sie von ihren Arbeitskollegen, die ihnen erst bei der kürzlich erfolgten Wahl ihr Vertrauen geschenkt hätten, jetzt an die Wand gedrückt worden seien, indem die Arbeiter, ohne das Ergebnis der geführten Verhandlungen abzuwarten, in den Ausstand getreten seien. Weiter wurde das geforderte Notstandsgeld in Höhe von 300 M., die Erhöhung der Schichtlöhne u. die Frage d. Deputatkohle, die v. 30 auf 42 Hektol. erhöht werden soll, eingehend besprochen. Nach läng. Auseinandersetzungen wurde d. Arbeiterausschuß beauftragt, bei der am Donnerstag in Lichtenstein stattfindenden Versammlung zu erklären, daß die Bergarbeiter bereit seien, am Freitag früh die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die Werksleitungen das geforderte Notstandsgeld und die Streiktage bezahlen. Sollte diesem Ersuchen nicht entsprochen werden, gehe der Streik unverändert weiter!

Auch für heute Donnerstag ist wieder eine große Demonstration geplant. An fast allen Plakattafeln sind Zettel angeschlagen, die folgenden Inhalt haben: „Sammeln der Bergarbeiter des Delsnitzer-Lugauer

Kohlenreviers auf dem Rathausplatz in Delsnitz zu einem Demonstrationzug nach Hohndorf-Lichtenstein. Abmarsch 2 Uhr.“

In Zwickau wird nur auf den Vereinigungsschächten und auf dem Vertrauensschacht des Erzgebirgischen Steinkohlenvereins zu Schönewitz gestreikt. Ob der Streik weitere Ausdehnung nimmt, ist nicht vorauszu sehen.

\* — Von der Bau- und Spargenossenschaft für Lichtenstein u. A. wird uns geschrieben: Die Genossenschaft beabsichtigt, noch in diesem Jahre zu bauen. Die Vorarbeiten sind bereits stark im Gange. Es sollen hergestellt werden je nach Bedarf 1. Mehrfamilienhäuser (als Notbehelf!) mit Wohnungen, enthaltend Küche bezw. Wohnküche und 2—4 Räume, Bad, Speisezimmer, abgeschlossener Flur, Gartennutzung. 2. Einfamilienhäuser a) als Reihenhäuser mit etwa 300—600 qm Garten b) als Doppel- oder freistehendes Haus mit 800—2000 qm, enthaltend große Wohnküche und 3—4 Räume oder kleinere Wirtschaftsküche und 4 Räume, Bad, Werkraum, Schuppen, Stall für Ziegen, Geflügel. Diese Häuschen können gemietet oder käuflich erworben werden. Nötige Anzahlung bis zum Einzug ca. 1000—2000 Mark, alle übrigen Gelder versorgt die Genossenschaft, es ist lediglich die Verzinsung aufzubringen. Die Mieten für die Einfamilienhäuser betragen je nach Größe des Hauses und Grundstückes etwa 380—500 Mark. Wer für kommenden Herbst oder nächstes Frühjahr Wohnung oder Eigenheim zu erwerben gedenkt, wird gebeten, die Anmeldung zur Genossenschaft bald zu besorgen, da die Unterlagen für die Baukostenüberzeugung demnächst an die Regierung einzureichen sind. Die Baukostenüberzeugung wird getragen für jedermann, Arbeiter, Privatangestellter, Beamter, Lehrer usw., die sich in den Rahmen der Klein- und Mittelwohnungen einfügen. Bauungsplan und Hausformen können eingesehen werden bei Handelschuldirektor Weiß, bis auf weiteres bestimmt zu sprechen Sonntag Vormittag von 10—1 Uhr in der Handelsschule.

\* — Geldsendungen an Gefangene. Nach einer Mitteilung des Prisoners of War Information Bureau, London, liegen dort eine Anzahl Geldüberweisungen (adressiert: care of Prisoners of War Information Bureau, London), bei denen die Ansätze des Truppentils und Dienstgrades der Gefangenen recht; bei manchen ist sogar Lager und Lagernummer nicht angegeben. Die feindlichen Behörden sind nicht in der Lage, derartige Geldüberweisungen den Empfängern auszuhändigen, sondern müssen solche unvollständige Anweisungen nach Deutschland zurückgeschicken lassen. Es ist daher dringend notwendig, daß die Adressierung bei Sendungen an Gefangene so vollständig wie möglich erfolgt und auch Truppenteil und Dienstgrad nicht weggelassen wird.

\* — Hermsdorf. (Eingebrochen) wurde zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit bei Herrn Bleicherei-besitzer Költger hier Diebe hatten es diesmal wieder auf den Hühnerstall abgesehen, aus dem sie abermals vier Hühner und einen Hahn mitgehen ließen.

\* — Grumbach. (Bei einem Einbruch) in das Geschäft des Bruner hier erbeuteten Diebe 6 Brote, mehrere Stückchen Butter, sowie Quark u. Sahne.

\* — Gersdorf. (Der Verein königstreuer Knappen) im Kohlenrevier Gersdorf-Lugau-Delsnitz hat seine Auflösung mit 261 gegen 104 Stimmen beschlossen. Die Sterbekasse soll bis auf weiteres bestehen bleiben, ihre soll auch das vorhandene Vereinsmögen zugeführt werden.

### Lichtenberg eingetroffen und genommen.

Berlin, 12. März. Bei Durchsuchungen in den besetzten Stadtteilen wurden heute nacht vier Spartakisten, die bewaffnet Widerstand leisteten, festgenommen und standrechtlich erschossen. Bei Ausbeutung eines Spartakistennestes in der Gegend östlich des Alexanderplatzes wurden zwanzig Polen gefangen genommen. Heute früh hat der planmäßige Angriff gegen Lichtenberg begonnen. — Gestern wurden 30 Spartakisten standrechtlich erschossen.

Berlin, 12. März. Hausdurchsuchungen in der Puttner- und Beustelstraße förderten große Mengen zutage.

Berlin, 12. März. Die „B. Z.“ meldet: Heute vormittag um 9 Uhr hat die Vorrückung der Regimentsbrigaden gegen Lichtenberg begonnen. Nachdem in den beiden letzten Tagen die vollständige Einkreisung des Spartakistenzentrums durchgeführt worden war. Einzelne Mitglieder der mehrheitssozialistischen Fraktion der Nationalversammlung haben gestern die hauptsächlichsten Punkte der Straßenkämpfe im Lichtenberg besucht, um sich ein Bild von der Kampfweise der Spartakisten zu machen. Die Truppen der Gardebataillondivision haben um 10 Uhr nach heftigen Kämpfen die Frankfurter Allee erreicht und dort Anschluß an die eiserne Marinebrigade gefunden. Damit ist der Ring geschlossen und es wurde sofort durch die Seitenstraßen der Vormarsch angetreten. Das Kesseltreiben gegen die dort befindlichen Spartakisten hat begonnen. Man hört aus allen Teilen Lichtenbergs Artillerie- und Maschinengewehrfeuer. Die Kämpfe nehmen von Viertelstunde zu

Vierteilstunde zu und das Feuer zeigt, in wie enger Führung, die einmarschierenden Truppen mit den Spartakisten gekommen sind.

Berlin, 12. März. Nach der „Volkszeitung“ vollzog sich die Besetzung Lichtenbergs heute vormittag fast kampflos. Das Truppenaufgebot, das die Einkreisung der Stadt vornahm, war außerordentlich stark. Die Regimenter rückten mit Artillerie, Sanitätskolonne usw. vor. In der Nähe der Zrennanstalt Herzberge wurde eine Funkentelegraphenstation aufgerichtet, die die Verbindung mit den militärischen Stellen, u. a. auch mit dem Reichsmarineamt Berlin, unterhält. Die Besetzung der Stadt erfolgte vollkommen planmäßig, ohne daß ein Schuß fiel. Bei der Zrennanstalt fand man zwei Maschinengewehre und einen Wagen mit Munition und Handgranaten, die die geflüchteten Spartakisten stehen ließen. Die Gefangenen wurden unter sicherer Bedeckung nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht. Um 2 Uhr mittags haben sämtliche einrückenden Truppen den Befehl, sich im Rathaus in Lichtenberg zu vereinigen.

### Die „Weltrevolution“ besetzt.

Berlin, 12. März. In der letzten Nacht drangen einige Stoßtrupps der Gardebataillondivision in die Redaktionsräume der „Weltrevolution“ ein und beschlagnahmten viele Exemplare des Matrosen, Schriftstücke, Sekplatten usw. Darauf wurde eine Streife in die Lohringer Straße gemacht, wo sich eine Ausgabe der „Weltrevolution“ befand. In beiden Stellen wurden die Mannschaften von den Dächern aus beschossen.

Berlin, 11. März. Nach einer Meldung sind bis jetzt gegen 1200 Spartakisten verhaftet und 34 erschossen worden.

### Nationalversammlung

Weimar, 12. März.

26. Sitzung vom Mittwoch, den 12. März. Zur zweiten Beratung steht der Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes.

Abg. Böger (Deutsche Volksp.) verliest die gestern veröffentlichte Protestkundgebung seiner Fraktion. Dann fährt er fort: Ich stelle fest, daß in der Kommission einstimmig die Meinung vertreten worden ist, daß Gemeinwirtschaft und Bergesellschaftung gleich Kommunismus ist. Es geht nicht allein um die Kohle. Der Bureaurokratisierungspraktik läßt weiter. Was in den augenblicklichen Vorlagen erstrebt wird, ist eine revolutionäre Entwicklung, für die wir die Verantwortung ablehnen. Wenn jetzt die Sozialisierung des Kohlenbergbaues verwirklicht wird, so fürchten wir, der Bergwerksgruß „Glückauf“ wird bestehen bleiben, aber mit dem Bergbau wird es glücklich gehen.

Abg. Dr. Pachnische (Dem.): Das vorliegende Gesetz ist nur ein Rahmengesetz. Schon deshalb werden die verhängnisvollen Folgen, die der Vordredner befürchtet, sich nicht aus ihm ergeben. Wir werden rechtzeitig zu stoppen wissen. Der Kohlenbergbau lag unter einem so starken Druck des Privatmonopols, daß man nicht den Gesetzentwurf mit der Forderung der wirtschaftlichen Freiheit bekämpfen kann. Von der Sozialisierung müssen freibleiben die meisten Handelsbetriebe, die ganze Fertigwarenindustrie, die Exportindustrie, die Landwirtschaft und das Handwerk. Unsere Fraktion stimmt dem Gesetz als Ganzem zu und bittet die Versammlung das Gleiche zu tun.

Abg. Burtage (Tr.) ist nur für eine Entleerung gegen angemessene Entschädigung. Abg. Dr. Cohn (U. S.) lehnt die Verantwortung seiner Partei an den Lichtenberger Vorgängen ab. Auch seien die Nachrichten über Massenerschießungen von Polizeibeamten übertrieben. Ferner prophezeit er, daß die Räte Demokratie auf wirtschaftlichem Gebiet komme, sie sei unausrottbar in das Bewußtsein der Menschen übergegangen.

Die Sitzung wird fortgesetzt.

### Frankreichs territoriale Forderungen.

Nach italienischen Meldungen stellt Frankreich für die Festsetzung der deutschen Westgrenze, über die diese Woche auf der Konferenz verhandelt wird, folgendes Programm auf: Elsaß-Lothringen fällt mit den Grenzen von 1871 an Frankreich zurück. Dazu der an Lothringen grenzende Teil des Saarbeckens in einer Ausdehnung von 5000 bis 6000 Quadratkilometern mit rund 500 000 Einwohnern. Die Gründe, mit denen Frankreich das Saarbecken beansprucht, sind weder völkischer noch politischer Natur; vielmehr sollen diese Gegenden mit ihren Kohlenlagern Frankreich für die zerstörten Kohlen-

lager Nordfrankreich entschädigen. Einige amerikanische Delegierte fordern, daß der Kapitalwert des Saarbeckens von den französischen Entschädigungsansprüchen abgezogen werde. Sodann verlangt Frankreich, daß auf dem linken Rheinufer von der holländischen Grenze bis Landau ein Pufferstaat mit den Städten Köln, Koblenz, Mannheim, Mainz, Worms und Trier errichtet und bis zur Abtragung aller deutschen Kriegsschulden von Entente-Truppen besetzt gehalten werden solle. Als dann soll dieser Rheinstaat entscheiden, ob er sich unter den Schutz des Völkerbundes stellen oder sich an Deutschland anschließen will.

Die „Westf. Neuesten Nachrichten“ in Bielefeld verfahren zur Frage der rheinischen Republik authentisch, daß das Rheinland entsprechend der Entente-Forderung auf Grund in Köln gepflogener Verhandlungen aus Preußen und gleichzeitig aus dem deutschen Zollverein ausscheidet. Die Alliierten liefern dem Rheinlande Rohstoffe, beschlagnahmen aber gleichzeitig, alle Betriebserträge als Garantie für die Kriegsentenschädigung. Belgien verlangt Malmedy, Montjoie und Aachen, es ist jedoch fraglich ob die Entente der Abtretung Aachens zustimmt.

**Das Hineinregieren der Soldatenräte.**

w. Dresden, 12. März. Nach Beendigung des Generalstreiks in Leipzig erschienen Vertreter der Korps-Soldatenräte 12 und 19 und der 40. Division in Dresden, um mit dem Volksbeauftragten Neuring, Minister für Militärwesen, über die von ihm verfügte Aufhebung des 19. Armeekorps zu verhandeln. In einer 2 1/2 stündigen Unterhandlung stellte sich heraus, daß das Hineinregieren der Arbeiterräte in die Angelegenheiten der Soldaten mancherlei von dem verschuldet hat, was dort zu beklagen war. Hätte man es nur mit den Soldatenräten zu tun gehabt, wären manche Mißheftigkeiten unterblieben, vor allem die Verurteilung der Offiziere und die Widerstände gegen den Grenzschutz und die Vereidigung der Sicherheitstruppen. Man einigte sich schließlich auf folgender Grundlage:

1. Die Verfügung 1191 I G vom 3. Februar über Kommandogewalt wird voll anerkannt. Arbeiterräte dürfen nicht Mitglieder von Soldatenräten militärischer Formationen sein.
  2. Bei Stäben und Behörden bis Bataillon einschließlich abwärts haben Offiziere vollzählig ihren Dienst wieder aufzunehmen. Bei unteren Formationen mit über 100 Köpfen soll mindestens 1 Offizier Dienst tun, soweit die Führerstellen nicht vom Ministerium durch andere Führer besetzt sind. Frontoffiziere, die während des Krieges erst dazu befördert sind, sowie Offiziere z. D. und a. D., mit Ausnahme der im Landwehrdienst (Bezirkskommandos, Versorgungsämter usw.) tätigen, kehren nicht wieder an ihre Dienststellen zurück.
  3. Werbungen für den Grenzschutz werden nach dem vom Ministerium für Militärwesen erlassenen Bestimmungen durchgeführt.
  4. Soweit Vereidigung von Sicherheitstruppen in einer den Bestimmungen des Ministeriums entgegenstehenden Art und Weise stattgefunden hat, sind sie nach Bekanntwerden der neuen Eidesformel für die Reichwehr erneut nach dieser zu vereidigen.
  5. Bei Verwaltungsbehörden und militärischen Instituten dürfen Arbeiter- und Soldatenräte nur als Kontrollorgane tätig sein.
- Damit ist der Frieden wieder hergestellt. Es ist zu begrüßen, daß man sich in Leipzig endlich überzeugt hat, daß die freiwillige Unterordnung unter die Befehle, der Gesamtheit die vornehmste Eigenschaft in der Demokratie ist, und daß es nicht angeht, bindende Vereinbarungen der Regierung mit den Soldatenräten von jedem Unverantwortlichen korrigieren zu lassen. Der Minister ließ der Deputation keinen Zweifel darüber, daß es in der bisher beliebten Weise nicht weiter gehen könne, ohne der Anarchie in die Hände zu arbeiten. Zum

Schlusse gaben die Leipziger die Erklärung ab, alles daran setzen zu wollen, um künftig ein harmonisches Zusammenarbeiten mit dem Ministerium zu ermöglichen. Es ist zu hoffen, daß die zwangsweise beurlaubten Offiziere die sachlichen Interessen und die des Allgemeinwohls über die persönlichen Empfindungen stellen und den Dienst unter den veränderten Verhältnissen wieder aufnehmen werden.

**Die Wirkung der neuen Reichs-Steuer-Vorlagen auf das deutsche Wirtschaftsleben.**

B. S. 3. In Heft 25 der Veröffentlichungen des Verbandes Sächsischer Industrieller, das unter obigem Titel erscheint, wird die Frage aufgeworfen, ob das Deutsche Reich mit seinem Vermögen und Einkommen noch imstande ist, seine Lasten zu tragen, ob die geplanten Steuererlässe eine Sanierung herbeiführen können und ob durch die Steuerpläne der Staatsbankrott aufgehalten werden kann, da es doch unmöglich sei, das ganze Einkommen wegzusteuern. Der Bericht, dem einige Beispiele über die Wirkung des Gesetzes beifügt sind, kommt zu folgendem Schlusse: Für die Industrie handelt es sich um Sein und Nichtsein; ohne Kapitalbildung kann die Industrie nicht existieren. Unsere Industrie hat aber jetzt nur noch das Risiko, während sie Gewinn und Kapital an die Allgemeinheit, resp. das Reich abgeben muß. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Rohstoffe, Löhne u. d. dreifache Kosten, sodaß der Industrie das dreifache Betriebskapital zur Verfügung stehen müßte; statt dessen wird ihr aber mehr als das Betriebskapital weggefordert, auch da, wo Vermögenszuwachs nicht vorliegt, wenn die Vermögenssteuer mit etwa 25 Prozent noch kommt. Die Folgen des Gesetzes liegen klar auf der Hand. Sie werden sich zeigen, nicht nur in Ruin aller Betriebe mit ansehnlichen Kriegsgewinnen, sondern auch weitere Kreise, vor allem die Banken, die den Unternehmungen große Kredite gewährt haben, ebenso die Lieferanten werden in Mitleidenschaft gezogen und die Betriebe werden dem Staate zufließen. Daß der Staat damit wird gut arbeiten können, ist ganz ausgeschlossen, die meisten Industriebetriebe eignen sich überhaupt gar nicht für Sozialisierung. Die Fabriken werden infolge dessen zur Versteigerung kommen, die für alle Beteiligten Verluste bringen muß. Der wirtschaftliche Unter- gang wird herbeigeführt, und der Staatsbankrott steht vor der Tür. Denn trotz aller dieser hohen Abgaben wird das Reich nicht gerettet werden, da selbst durch diese Steuern nicht einmal die Anleihen teilweise gelöst werden, weil nach Wilsons Ausspruch erst die letzte Rate Entschädigung gezahlt sein muß, ehe der deutsche Anleihebesitzer eine Tilgung erhalten kann. Alle maßgebenden Stellen müssen deshalb vor den Folgen dieser Gesetze eindringlich gewarnt werden, ehe es zu spät ist. Haben diese Warnungen keinen Erfolg, und wird das Gesetz in seiner jetzigen unmöglichen Form angenommen, dann ist der Ruin unabwendbar, weil dann alles Wirtschaftsleben ersticken wird, alle Steuerquellen versiegen werden.

**Staatsdarlehen für Handwerker und Gewerbetreibende.**

B. S. 3. Das Ministerium des Innern ist ermächtigt, für die Zeit von 6 Monaten nach Beendigung des Krieges aus dem gewerblichen Genossenschaftsstock an die aus dem Felde Heimgekehrten oder sonst infolge des Krieges wirtschaftlich besonders Geschädigten im Falle ihrer Bedürftigkeit Darlehen nach folgenden Grundsätzen zu gewähren: Inhabern von Betrieben der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und des Gewerbes, sowie Angehörigen der sogenannten freien Betriebe können zur Aufrechterhaltung und Wiederaufnahme ihrer Betriebe oder ihrer Berufstätigkeit Darlehen im Betrage bis 2500 Mark gewährt werden. Haus- und Grundbesitzern können zur Erhaltung ihres Haus- und Grundbesitzes, nach Befinden auch zur Bezahlung der während des Krieges rückständig gebliebenen Hypothekenzinsen Darlehen im Betrage von 2500 Mark gewährt werden. Für das Kalenderjahr der Darlehensgewährung und die ersten sechs Monate des folgenden Kalenderjahres werden Zinsen nicht erhoben. Alsdann sind die Darlehen mit 3 Prozent zu verzinsen und in fünf Jahren zu tilgen. Die Gemeinde wird Darlehensschuldnerin und hat sich als Selbstschuldnerin zur Verzinsung und Rückzahlung der Darlehen zu verpflichten. Die Darlehensbeträge sind keinesfalls unter lästigeren Bedingungen als sie der Gemeinde auferlegt worden sind, weiterzugeben. Der Gemeinde bleibt die Entscheidung darüber überlassen, wie sie sich den Darlehensnehmern gegenüber sichern will. Das Ministerium des Innern gibt sich aber der Erwartung hin, daß die Gemeinden in der Forderung von Sicherheiten für die Darlehen sich auf das unbedingt erforderliche Maß beschränken und nach Befinden, insbesondere bei kleineren Darlehen, sich mit der persönlichen Vertrauenswürdigkeit des Nachsuchenden begnügen und auf sachliche Sicherheiten ganz verzichten. Die Darlehen dürfen auch zur Bezahlung etwaiger, seit dem Jahre 1914 entstandener Geschäftsschuld, insbesondere zur Bezahlung von Roh-

stoffen, Maschinen und Werkzeugen, oder von rückständigen Löhnen verwendet werden. Nach Befinden können Darlehen aus verschiedenen Anlässen bis zum Gesamtbetrage von 5000 Mark an denselben Nachsuchenden gewährt werden. Die Gesuche sind an die Wohngemeinde zu richten und können von dieser unmittelbar an das Ministerium des Innern eingereicht werden, soweit nicht die Gemeinde aufsichtsbehördliche Genehmigung zur Darlehensaufnahme eingeholen hat.

**Kirchenkreisstag.**

Auf dem in Glauchau am Dienstag stattgefundenen Kirchenkreisstag, der außerordentlich gut besucht war, sprach Herr Staatsminister a. D. Dr. Schröder über die Trennung von Kirche und Staat im Allgemeinen wie nach der finanziellen Seite in seinem tiefgründigen und klaren Vortrage. Alles steht jetzt in einer Entscheidungszeit. Stark und zielbewußt muß viel Neues gepflanzet werden, wir Evangelisten wollen aber als Freunde der Kirche uns das Wort der Offenbarung zurufen: „Hatte was du hast, daß niemand deine Krone nehme“. Was jetzt auf dem Spiele steht, geht nicht nur die Kirche an, sondern ebenso den Staat, demnach das ganze Volk. Die Frage ist weder vom Staate, noch von der Kirche aufgeworfen worden, sondern allein von einer Partei. Ins Volk ist sie geworfen worden, nun muß sie auch beantwortet werden. Die Kirche braucht sich nur nicht verlesen umzufahren. Sie hat ihre Anhänger in allen Volksschichten. Die Kirche würdige Neuerungen sind auch aus dem politisch anderen Lager herübergeklungen, man denke an dem württembergischen Führer Kolb, dessen Wort vor wenigen Wochen in unserer Zeitung zu lesen war. Doch wollen wir auch die Augen recht aufmachen. Nicht Zweckmäßigkeitsgründe hürchen vor, sondern der Satz, daß Religion Vertrauenssache ist, enthält im letzten Grunde Verneinendes. Von den Grundlagen der christlichen Religion zu lösen ist die letzte Folgerung. Wie stellt die Kirche sich nun zur aufgeworfenen Frage? Die Kirche ist grundsätzlich gegen die Trennung vom Staate, dafür liessere der Rechner einen deutlichen Beweis, sie ist da, weil das Volk durch die enge Verbindung, die nicht Abhängigkeit im wahren Sinne war, großen Segen erfahren hat, weil seit Jahrhunderten beide zusammengewirkt und gearbeitet haben.

Durch die Loslösung würde wohl die Kirche mehr in die Tiefe gehen, aber sie verliert den Einfluß nach außen, eine Winkelsache darf die Kirche nicht werden. Die Kirche muß eine einheitliche Front darstellen und darf sich nicht auf den Standpunkt des Gegners stellen. So handelt kein ehrlicher Kämpfer; was wir von der Kirche zu wahren haben, besagt die 3 Punkte der Entschädigung, die in der letzten Nr. der Zeitung abgedruckt waren. Lebhafter Beifall wurde dem Vortragenden für seine sachliche, alle Spitzigkeit entbehrende und bewußt scharf geprägte Stellung gezollt. Die Ansprache war ergründig und beleuchtete den 2. und 3. Punkt hauptsächlich. Sie hat zu mancher Klärung geführt. - In der Tagung wurde noch die Hilfskasse für unseren Kirchenkreis gegründet und der Verwaltungsausschuß gewählt. Außer Herrn Oberkirchenrat gehören dem Ausschusse 2 Geistliche und 4 Laien an, er kann sich durch ebenso viel Kräfte noch ergänzen. Herr Oberpfarrer Ende aus Lichtenstein erläuterte in kurzen Sätzen seine Sätze zur Denkschrift: „Schafft Jugendspazierwege“. Die Jugendspazierwege kann jetzt noch nicht besprochen werden, auch ist eine Kirchenkreisversammlung nicht beschließt, einen Verband zu gründen, wohl aber wurde ein einstweiliger Ausschuß gewählt, der alles andere vorbereiten soll. Nach weiteren geschäftlichen Mitteilungen wurde in der 8. Stunde die inhaltsreiche Tagung geschlossen mit Gesang und Gebet.

**Berein Blau Kreuz.**

Heute (Donnerstag) abends 8 1/2 Uhr Bibelstunde über Jacobus, Kapitel 5. Jedermann willkommen.

Die Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden, die auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über Gemeindeverbände 320 sächsische Gemeinden (Städte und Landgemeinden) sowie die 28 amts-hauptmannschaftlichen Bezirksverbände umfaßt und die den Zweck verfolgt, durch Ausgabe von Kreditbriefen die ihren angehörigen Mitgliedern die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötigen Geldmittel zu verschaffen, wird nach einer kürzlich beschlossenen Satzungsänderung künftig auch die erstfällige Beilehung von Hausgrundbesitz durch Ausgabe von Pfandbriefen bewirken. Der Pfandbrief, der auch die hiesige Stadtgemeinde sowie der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Glauchau angehört, ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und untersteht der Aufsicht des Ministeriums des Innern. Sie beabsichtigt, demnach eine Kreditbriefanleihe aufzunehmen, um Mittel für Beilehung eines Teiles der bei Gemeinden und Bezirksverbänden aufgelaufenen Ausgaben zu gewinnen.

**6000 Mark**  
als 2. Hypothek sof. gesucht.  
Offerten unter „M. M.“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Verkaufe ein Läuferfchwein**  
gegen Bezugsfchein.  
Erwin Rabe, St. Egidien 99.

**Gebr. Rinderwagen, vollst. Bett zu kaufen gesucht.**  
„Goldner Löwe“, II.

**1 weiße Truthenne zu verkaufen**  
Heinrichsort Nr. 40.

**Flor und Garn**  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**Bernhard Pester,**  
Mühlau, Bez. Leipzig. Telefon 936, Amt Limbach.

**Verkaufe mehrere Särlinge Oldenburger**  
**Kalben und Bullen,**  
sowie eine starke tragende Sattelkuh sehr preiswert.  
**Erwin Rabe, Zuchtviehhandlung,**  
St. Egidien, 99.

**Gegen Aufruhr und Plünderung**  
versichert Warenlager, Geschäfte, Schaufenster, Haushaltungen, sowie Bahn- und Postsendungen  
**Mag Sühnichen, Verf.-Kontor, Chemnitz,**  
Neußere Johannisstraße 6. Fernsprecher 2087.

Ein kräftiger **Osterjunge**  
oder älterer **Bursche** für Landwirtschaft gesucht.  
**Hohndorf, Ködlißerstraße 44**

**Runkelrüben**  
in Ladungen offeriert billigt  
**Rahnes, Oberlungwitz,**  
Fernruf 358 Hohenstein-Gr.

**Verloren**  
vom Plutoschacht bis Leichplatz Lichtenstein  
**1 goldene Damen-Uhr.**  
Gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Vermessungen**  
mit amtlicher Gültigkeit schnell und gewissenhaft durch  
Vermessungs-Büro  
**A. Schäfer,**  
staatl. gepr. und leid. Landmesser  
Lichtenstein-C, Johannistag.

**Sauzierer**  
und Händler  
für allerfeinste **Schuhcreme** gesucht. Verlangen Sie sofort Muster (2 Preislaagen) und Bedingungen geg. 1 Mark Voranmeldung unter „R. B. 79“ an die Geschäftsst. d. Bl.

Verantwortlich für den Inhalt dieses Blattes: Wilhelm Pester, Druck des Verlegers in Glauchau.